



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

lohnende Aufträge vorlagen, aber wenn erst längere Zeit nicht geliefert war und die Kunden abgesprungen waren, so hielt es schwer, die abgebrochenen Beziehungen wieder anzuknüpfen, und das Geschäft mußte als ruiniert gelten. Und so wurde also erreicht, daß, als nach Beendigung des Ausstands die Arbeit wieder aufgenommen wurde, es nur in geringem Umfang geschehen konnte, und daß die große Menge der Arbeiter ohne Brot war.

Immer nur laufen lassen, was sich nicht halten läßt, sagte der Herr Bürgermeister mit lallender Zunge bei seinem zehnten Glase.

Wer war nun an dem Niedergang der einst so blühenden Stadt schuld? Allemaal der nicht, der die Frage stellt, sondern der andre. Da man nun auch in Polkenroda dieser Meinung war, so geriet man in Streit, den man zuletzt dadurch schlichtete, daß man dem Bürgermeister alle Schuld aufbürdete. Der Bürgermeister war so unklug, sich zu verteidigen, und so gab es Auseinandersetzungen zwischen ihm und Pfaffe und Genossen. Darauf kündigten diese ihm die geliehenen Gelder, und nun kam es zu gerichtlichen Klagen und großem Skandal. Als sich der Gerichtsvollzieher schon rüstete, Siegel in des Bürgermeisters Wohnung anzulegen, erlebte die Bürgerschaft, daß ihr Bürgermeister in Nacht und Nebel und unter Hinterlassung einer schweren Schuldenlast davonging.

Immer nur laufen lassen, was sich nicht halten läßt, sagte der Stadtsekretär, den Herrn Bürgermeister parodierend, und dachte ernstlich daran, seine Kandidatur wieder aufzustellen. Aber es kam nicht dazu, da sich schnell ein Ersatz für den erledigten Posten fand, ein Mann, der die Verhältnisse kannte, und der bei seiner Wahl weiter nichts versprach, als, er wolle sich Mühe geben, die festgefahrene Karre wieder loszumachen. Er gab sich wirklich auch alle Mühe. Er ließ die Mäusequelle in Stein fassen, das Wasser chemisch untersuchen und feststellen, daß es eine gewisse entfernte Ähnlichkeit mit Oberjalsbrunn habe; er verhandelte mit Finanzmännern, indem er ihnen vorschlug, Polkenroda als Badeort zu gründen; er versuchte Holzindustrie nach Polkenroda zu verpflanzen, Spielsachenfabrikation einzurichten, ja er sprach das kühne Wort aus: Vor allem müsse, wenn man steuerkräftige Einwohner in die Stadt ziehen und sie dort festhalten wolle, die Privatschule wieder ins Leben gerufen, mit der Lateinklasse des Rektors verbunden und, wenn nötig, mit städtischen Mitteln unterstützt werden. Und niemand widersprach ihm.

Ob es helfen wird?

Geht doch unter die Agravier, sagte der Kantor, der einmal wieder den Mund nicht halten konnte, eines Abends bei Mutter Grüneberg, ihr laßt ja so schon Gras auf den Straßen wachsen.

Da fehlte aber nicht viel daran, so wäre man handgreiflich geworden.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die Obstruktion. Über den Begriff der parlamentarischen Obstruktion herrscht keine rechte Einmütigkeit. Es kommt hierauf wenig an, wenn man sich nur über die Unsicherheit des Wortsinns klar ist. Daß die Obstruktion das Funktionieren des parlamentarischen Apparats unterbinden will, ist nur eine oberflächliche Umschreibung, die Hauptsache dabei ist der schikanöse Mißbrauch der parlamentarischen Einrichtungen, ganz besonders der Geschäftsordnung durch die Parlamentsminderheit zu dem Zweck, die Mehrheit in der ihr von Rechts wegen zustehenden Befugnis zur Erledigung der Parlamentsaufgaben zu hindern. Das Schikanöse darf als Merkmal nicht fehlen, die Verdrehung des Sinns der Rechtsätze, sodaß etwas andres, als

das Recht, das sie bezwecken, ja das Gegenteil davon herauskommt. Es ist immer schwer zu sagen, wo die Schikane anfängt. Welcher „gesuchte“ Anwalt hat nicht gelegentlich einmal für seine Prozeßpartei etwas schikaniert? Und welche Parlamentsminderheit hat nicht gelegentlich ein wenig obstruiert, ohne daß man ihr so sehr übel genommen hätte? Daß aber die Schikane sittlich verächtlich ist, wird am besten dadurch bewiesen, daß sie im gewöhnlichen Leben, auch wo sie klar zu Tage liegt, und der Schikaneur sehr stolz darauf ist, voll Entrüstung gelegnet wird. Im parlamentarischen, überhaupt im politischen Leben ist man zwar viel weniger prüde, aber im deutschen Reichstage leugnen die Obstruktionsisten immer noch, daß sie obstruieren, obgleich sie durch schikanösen Mißbrauch der parlamentarischen Sitzungen die Reichsarbeit völlig zu lähmen anfangen, dem parlamentarischen Zweck ins Gesicht schlagen und ihn vor dem ganzen deutschen Volke zum Gespött machen. Sie haben wohl noch eine dunkle Ahnung, daß öffentliche Schikaneure und Rabulisten, boshafte und alberne, in Deutschland schließlich doch immer der öffentlichen Verachtung und Lächerlichkeit verfallen müssen. Jedenfalls haben wir jetzt im deutschen Reichstage mit ausgesprochener Obstruktion zu thun. Es ist ein in heutiger Zeit nicht hoch genug anzuerkennendes Verdienst Eugen Richters, das außer Zweifel gestellt und die an dem Unfug beteiligten Parteien und Politiker in ihren politischen Qualitäten mit einer Deutlichkeit gekennzeichnet zu haben, die nichts zu wünschen übrig läßt. Wir brauchen hier auf die Formen, in denen sich die Obstruktion bei uns bisher bethätigt hat, nicht näher einzugehn. Die Roheit der österreichischen Obstruktion ist vorläufig noch nicht erreicht, aber, wie Richter sagt: „das sachliche Debattieren hat aufgehört, seitdem Dauerreden bis zu 4 $\frac{1}{2}$  Stunden die ganzen parlamentarischen Verhandlungen zu einer Karikatur zu machen drohen,“ und die „Anträge auf namentliche Abstimmung schablonenmäßig sich häufen auch in Fällen, wo namentliche Abstimmungen sachlich in keiner Weise gerechtfertigt sind.“

Wenn Eugen Richter das Zustandekommen der Zolltarifvorlage sachlich bekämpft, so ist das sein Recht, und wenn er ihr Zustandekommen auch ohne Obstruktion, solange die Mehrheit selbst in der Opposition steht, für unmöglich hält, so hat er Recht. Die Vorlage ist der parteiagravischen und grundätzlich schutz-zöllnerischen Mehrheit so weit entgegengekommen, daß sehr vielen, auch wirtschafts-politisch den freisinnigen Reichstagsfraktionen und den Sozialdemokraten sehr fern stehenden Männern ernste Bedenken dagegen aufgestiegen sind, wenn sie auch wegen der bei vollständigem Scheitern voranzuziehenden Übel, die ihnen noch größere Bedenken machen, für die möglichst baldige Annahme des Regierungsentwurfs eintreten. Wir halten die Ablehnung jedes Schutzzolls für die deutsche Landwirtschaft für heute und für absehbare Zeit für falsch und auch die unentwegte Gegnerschaft gegen jede Agrarzollerhöhung für einen Fehler und eine Übertreibung. Aber wenn diese Unentwegten wegen dieser Zollerhöhungen in der Regierungsvorlage auch schließlich gegen den ganzen Entwurf stimmen, so werden wir das wohl bedauern und für verkehrt halten, aber einen schweren politischen Vorwurf werden wir ihnen daraus nicht machen können. Die Mehrheitsparteien, nach deren Wünschen die Zollerhöhungen überhaupt vorgeschlagen sind, haben für die Annahme der Vorlage zu sorgen, ihre Opposition und Uneinigkeit hat seit Einbringung des Entwurfs das meiste zur Verschleppung der Verhandlungen beigetragen und würde auch die Hauptschuld daran behalten, wenn es den Schikanen der verbündeten Sozialdemokraten und freisinnigen Vereinigung gelänge, das Zustandekommen des Tarifs ganz zu verhindern.

Richter, der selten die Mehrheitsparteien für sich gehabt hat, und wie er selbst einseht, in Zukunft wohl immer zur Minderheit gehören wird, hat sich ehrlich zu dem Satze bekannt: „Das parlamentarische System beruht auf dem Grundsatz der Anerkennung des Willens der Mehrheit.“ Aber wo ist dieser Mehrheitswille heute? Vorläufig ist sein Vorhandensein, auch wenn man alle Fraktionen als vollzählig

versammelt betrachtet, noch niemals zum Ausdruck gelangt. Die unerläßliche Voraussetzung für sein erkennbares Zustandekommen ist die Vereinigung der Mehrheitsparteien auf der Regierungsvorlage. Daran kann auch in diesen Parteien niemand mehr zweifeln. Das beweist ihre Presse zur Genüge. Sie rechnet längst damit, daß die Regierung nicht umfällt, daß also das Scheitern des Tarifs besiegelt ist, wenn das Zentrum und die Rechte nicht der Regierungsvorlage zustimmen. Nur die verhängnisvolle Scheu, durch die Extreme vertretende Agitation draußen von den Wählermassen des „Umfallens“ geziehn zu werden, hält die genannten Parteien immer noch ab, die allein vernünftige Konsequenz zu ziehn, denn das Scheitern der Vorlage will im Ernst keine. Bei der Obstruktion tritt das immer deutlicher hervor, und vielleicht hat der Abgeordnete Richter auch darin Recht, daß die Obstruktionisten dem Zustandekommen des Tarifs dienen, indem sie die Mehrheitsparteien zur Erkenntnis der Unvernunft ihres Verhaltens bringen. Vor allem aber sollten sich die Herren von der Rechten und dem Zentrum durch das Überhandnehmen der Obstruktion und durch die Handgreiflichkeit der aus ihr erwachsenden Gefahr endlich überzeugen lassen, daß keine Woche mehr verloren werden darf, den Mehrheitswillen, der unausgesprochen da ist, endlich auch auszusprechen. Das bis zur dritten Lesung hinauszuschieben, geht nicht mehr an, dann fällt der Tarif unter den Tisch. Eine Mehrheit, die aus Furcht vor der Demagogie nicht den Mut findet, ihren Willen auszusprechen, kann unmöglich der schicklichsten Obstruktion der Demokratie Herr werden. Sie machte sich im Kampfe dagegen selbst lächerlich, und alle etwaigen Bergewaltigungen des parlamentarischen Rechts und Brauchs würden nur Wasser auf die Mühle der Schikaneure sein.

Salus publica suprema lex! Sollten die Herren von der Rechten und dem Zentrum wirklich die Scheu vor dem Unrat, den einige hyperagrarische Demagogen hier und da in ihren Wahlkreisen anrichten können, höher stellen als das Gemeinwohl? Das ist doch gar nicht zu glauben, wenn man bedenkt, welche Vertrauensstellung gerade sie meist den ländlichen Wählern ihrer Kreise gegenüber einnehmen. Kein Mensch, der nicht lügt, wird ihnen vorwerfen können, daß sie nicht bis aufs äußerste für die agrarischen Interessen gekämpft haben, und kein verständiger Wähler wird ihnen, wenn sie jetzt nachgeben, sobald er sich nur ruhig besinnt, einen Vorwurf machen. Wer die politischen Anschauungen und Neigungen unsrer Landleute kennt, weiß, daß sie Ruh und Frieden lieben und im Grunde durchaus regierungsfreundlich sind. Wenn nur die systematische, diesen Gefühlen entgegenarbeitende Agitation aufhört und die Abgeordneten im Verein mit dem verständigen Beamtentum ihnen die Sache richtig darstellen werden, so kann von einer Erbitterung der Landwirte infolge der Annahme der Regierungsvorlage gar keine Rede sein. Natürlich haben es die konservativen und die Zentrumsabgeordneten in der Hand, eine solche Erbitterung hervorzurufen. Wenn sie nachher kommen und selbst über die Regierung Gewalt schreien, dann müssen die Wähler ihnen „Schlappheit“ zutrauen, dann muß ihnen der „Umfall“ unverantwortlich erscheinen. Nur dann werden die Extremen bei den Neuwahlen bessere Chancen haben. Sonst aber nicht.

Aber noch in anderer Weise erwächst angeichts der Obstruktion den Mitgliedern der Mehrheitsparteien die dringende Pflicht, den Mehrheitswillen energisch zum Ausdruck zu bringen. Es ist gewiß für viele Abgeordnete ein Opfer, den Reichstagsverhandlungen regelmäßig beizuwohnen. Aber das Wegbleiben von den Sitzungen in dem Maße, wie es seit einigen Jahren eingerissen und auch jetzt immer wieder zu beklagen ist, ist doch eine offenbare Pflichtverletzung. Es ist uns schon längst unbegreiflich erschienen, daß die konservative und die Zentrumspresse diese Vernachlässigung des einmal übernommenen, hochehrenvollen Mandats fortwährend beschimpft, niemals ernstlich rügt. Daß es keine Diäten giebt, wußte jeder Abgeordnete, als er sich wählen ließ. Er wußte, daß er Opfer zu bringen habe im Interesse des Gemeinwohls, und die Wähler haben ein gutes Recht, von dem Gewählten zu verlangen, daß er nun auch das Opfer bringe. Die Frage, ob Diäten oder Anwesen-

heitsgelder eingeführt werden sollen oder nicht, kommt dabei gar nicht in Betracht. Die ohne Aussicht auf Diäten gewählten Volksvertreter haben keine zu verlangen, und uns will scheinen, daß für sie eine nachträgliche Bezahlung — weil sie sonst ihre übernommene Pflicht nicht erfüllen — etwas beschämendes haben müßte. Über die Bezahlung neu zu wählender Reichstagsabgeordneter behalten wir uns das Urteil vor. Es liegt auf der Hand, daß diese Pflichtveräußerung der Mehrheitsabgeordneten der Obstruktion hauptsächlich ihre gefährliche Kraft verleiht. Die Mehrheitsparteien haben dadurch schon vielfach den Schein erregt, daß ihnen die Vollendung des Tarifs gar nicht ernst sei. Sie provozieren dadurch geradezu die Anzweiflung der Beschlußfähigkeit. Und dann soll die Regierung ihnen helfen!

Die Regierung würde das Verkehrteste thun, was sie thun kann, wenn sie sich in diesen häuslichen Streit im Parlamentarismus mischen wollte. Sie hat weder das Recht noch die Macht dazu. Sie kann nur mit außerordentlicher Geduld immer wieder sachlich ihre Vorschläge vertreten lassen und abwarten, was der Reichstag in drei Lesungen fertig bringt. Weder das Zurückziehen der Vorlage noch die Auflösung des Reichstags scheint uns, nachdem die Dinge soweit gediehen sind, am Platze. Jetzt der Obstruktion den Willen zu thun, wäre fast noch übler, als jetzt den extremen Agrariern den Appell an ihre Wähler zum Geschenk zu machen. Alles muß den verbündeten Regierungen daran liegen, daß der Reichstag selbst mit der Obstruktion fertig wird, und daß die Mehrheitsparteien mit ihren Extremen fertig werden. Wir sind überzeugt, daß beides erreicht werden kann, wenn die Regierung nicht selbst nervös wird, sondern zäh aushält. Auch für das endliche Zustandekommen des Tarifs ist das das Klügste, was sie machen kann. Auch darauf hoffen wir noch, wobei wir freilich den Begriff „rechtzeitig“ sehr weit fassen. Aber die Gesundung unseres Parlamentarismus und unsrer Parteipolitik von innen heraus, wie ihn der Verlauf der vorliegenden Krisis vielleicht bringen kann, ist uns das allerwichtigste. Nur die unerschütterliche, unbeugsame, ruhige Stellung der Regierung über den Parteien, wie sie jetzt vorhanden ist, wird zu diesem Erfolg führen.

Den unangenehmsten Eindruck — und auch darin scheinen wir mit dem Abgeordneten Richter übereinzustimmen — macht die Teilnahme der freisinnigen Vereinigung an der Obstruktion. Die Herren Wadenstrümpfler scheinen ja nicht gerade zu den boshaften Schikaneuren und Rabulisten zu gehören, aber als Schikaneure und Rabulisten betragen sie sich jedenfalls. Sie sind ein wahres Kreuz, die reinen Giftmischer für den bürgerlichen Liberalismus geworden. Die Sozialdemokraten können auch damit zufrieden sein, denn der bürgerliche Liberalismus ist ihr bestgehäfter Gegner. Es ist in den Grenzboten schon wiederholt auf den Unfug, den diese „Vereinigung“ — gerade vom liberalen Standpunkt aus geurteilt — treibt, aufmerksam gemacht worden, vor allem auf die ungeheure Thorheit ihres aufdringlichen Buhlens um die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokraten. Es ist sehr verlockend, auf diese rätsel- und widerspruchsvolle Erscheinung — sie scheint uns eine aus- gesprochen berlinische zu sein — auch heute näher einzugehen und nach Erklärungen zu suchen. Doch das würde in Details führen, für die hier nicht Platz ist. Lassen wir die Herren sich in ihrer Schikaneur- und Rabulistenrolle weiter blamieren. Sie gefallen sich selbst zu gut darin, als daß sie zu retten wären.

Schon ernster ist es zu nehmen, daß fast die gesamte liberale Presse nicht den Mut findet, den vereinigten Obstruktionisten mit der Offenheit Richters zuleibe zu gehn, geschweige denn die dem wirtschaftspolitischen Liberalismus allein erspriessliche versöhnliche Stellung zu der Regierungsvorlage zu suchen. Es ist unumwunden anzuerkennen, daß die Berliner liberale Presse — natürlich mit Ausnahmen — seit geraumer Zeit einen gemäßigteren, verständigeren Ton in Bezug auf die Politik der Regierung angeschlagen hat, der entschieden klärend und versöhnend wirkt. Das unausgesetzte, bissige, hämische Mörgelein und Hezen hat nachgelassen. Es wird auch „für“ Partei genommen. Wenn es dabei manchmal am erwünschten Takt fehlt, so mag die Neuheit der Melodie mit Schuld sein. Wir wollen uns des Fort-

schritts, wenn er wahr ist, freuen. In der Obstruktions- und Tarifrage dirigiert aber, wie gesagt, in dieser Presse noch ganz der Wadenstrümpflertaktstock.

Am ernstesten aber wird jetzt die Frage nach der Stellung des „Handelsvertragsvereins.“ Wir haben es nie glauben wollen, daß dieses scharf rechnende, illusionensfreie, klarböpfige Orchester auf die Dauer diesem Taktstock gehorchen könnte und lieber den sozialdemokratischen Obstruktionsversuchen akkompagnieren, als der Regierung im Kampf gegen die Extremen von rechts in annahmefähiger Weise eine Stütze bieten würde. Muß man es jetzt dennoch glauben? Nach mehreren offiziellen Kundgebungen des Vereins schien es fast so. Da war nichts als ödeste, abgestandenste Wadenstrümpflerweisheit. Aber hoffentlich kommt jetzt etwas Gärung hinein, da die Unhaltbarkeit und das Ungeschick der bisherigen Aktion bei zahlreichen Mitgliedern eine lebhafteste Opposition wachgerufen hat. Es ist die höchste Zeit, daß die Herren Kommerzienräte ihre Taktik revidieren. Die Zukunft stellt ihnen, ihren Fähigkeiten entsprechend, große Aufgaben. Es wäre schade, wenn sie sich mit der freien Vereinigung blamierten.

Daß sich die Sozialdemokraten im deutschen Reichstage bis zur Höhe der Leistungen der österreichischen und der italienischen Obstruktionsisten versteigen werden, ist nicht wahrscheinlich. Sie wären auch Narren, wenn sie es thäten. Die ihnen vom bürgerlichen Liberalismus heute nur zu reichlich gespendete Gunst wird ohnedies nach der Blamage so ziemlich ins Gegenteil umschlagen. Sie haben allen Grund, bescheiden zu sein, sich nicht so eklatant vor der öffentlichen Meinung ins Unrecht zu setzen. Das Gefühl nimmt offenbar von Tag zu Tag zu, daß ihrem Treiben schon viel zu lange viel zu viel Schonung erwiesen ist. So sehr wir immer den Wunsch verdammt haben, daß durch Aufstandsversuche verführter Arbeiter Regierung und Nation zu energischem Zurückweisen der dekadenten Anmaßung des Sozialismus veranlaßt werden mögen, eine bis aufs äußerste getriebene Obstruktion der demokratischen Reichstagsfraktion wäre wahrscheinlich eine Lehre von unschätzbar guter Wirkung. Je toller diese Herren es treiben, um so besser.

Zwei Städte der Rheinprovinz. So lebhaft der heutige Großstädter sein steinernes Gefängnis verwünschen und so sehnsuchtsvoll er nach Freiheit, Ruhe und Natur lechzen mag — die moderne Großstadt bleibt ein Wunderwerk, das kein Vernünftiger aus der Welt hinwegwünscht. Über der Natur steht der Menschengeist, und dessen Anlagen treibt nur der Druck der Not hervor. In das Gewimmel von ein paar hunderttausend auf engen Raum zusammengedrängter Menschen Ordnung zu bringen, ihre Bedürfnisse vom niedrigsten animalischen bis zum höchsten Kulturbedürfnis zu befriedigen, den Streit ihrer widersprechenden Interessen zu schlichten, das ist wahrlich keine Kleinigkeit. Es ist doppelt schwierig, wenn die Einwohnerzahl so rasch wächst, daß die Einrichtungen, die man heute beschleßt, morgen, wenn sie fertig sind, schon nicht mehr genügen. Was man in unsrer Zeit den sozialen Geist nennt, das ist nur eine neue Gestalt der alten Nächstenliebe, aber eine sehr wichtige Spielart von ihr, sozusagen die Nötigung aller zur beständigen Ausübung dieser Tugend, die für den Hinterwäldler eine Verzierung bleibt, mit der er sein Dasein aller fünf Jahre einmal schmückt, wenn er auf seinen einsamen Streifzügen einen Menschen findet, der unter die Räuber oder in eine Grube gefallen ist, oder wenn ein Berirrter an seine Thür klopft. Nur der ungeheure Druck, den die Menschenanhäufung in einer Großstadt übt, vermochte den sozialen Geist zu erzeugen, einen Gemeingeist, der sich nicht einmal auf die wahrlich genügend großen Aufgaben des eignen Gemeinwesens beschränkt, sondern, seiner wirtschaftlichen Bedeutung in dem noch weit größern Organismus des modernen Staates bewußt, an dessen Erhaltung mitwirkt. Das alles wird einem recht klar, wenn man einen ausführlichen Verwaltungsbericht liest, wie ihn Dr. Otto Brandt, der Geschäftsführer der Handelskammer zu Düsseldorf, im Auftrage dieser Stadt verfaßt hat (Studien zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt

Düsseldorf im neunzehnten Jahrhundert. Düsseldorf, August Bagel, 1902). Er wünscht mit diesem Versuch die Städte zur gemeinsamen und planmäßigen Benutzung ihrer in der Verwaltung gemachten Erfahrungen für die praktische Nationalökonomie anzuregen. 135 Seiten seines Buches sind der Zeit von 1800 bis 1870, die übrigen 300 den letzten drei Jahrzehnten gewidmet. Wie Großes die Düsseldorfer Stadtverwaltung geleistet hat, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß Düsseldorf eine der schönsten, reichsten, auf allen Gebieten des industriellen und des geistigen Lebens tüchtigsten Städte ist, obwohl sie ganz und gar eine Schöpfung des neunzehnten Jahrhunderts ist. Mit 12000 Einwohnern — jetzt hat sie 214000 — ist sie in dieses eingetreten und hat aus dem Mittelalter nicht einmal den monumentalen Schmuck anscheinlicher Bauwerke geerbt. Das Bedürfnis des Großstädtlers nach Natur durch Hineintragen der Natur in die Stadt zu befriedigen, hat sich die „Gartenstadt am Rhein“ mehr als irgend eine andre angelegen sein lassen (ihren vielen Parks gedenkt sie nach Abbruch der Ausstellungsgebäude einen neuen hinzuzufügen auf der Ausstellunginsel). Zusammen mit einer vortrefflichen Bauordnung, Wohnungspolizei, Arbeiterfürsorge und sonstigen Wohlfahrtsmaßregeln hat diese gesundheitsfördernde Anlage die Sterbezahl auf 19,4 hinabgedrückt (gegen 25,4 in Chemnitz, 26,2 in Breslau, 28,4 in Königsberg; nur von Aachen mit 18,4 wird Düsseldorf übertroffen). Ausführlich wird dargelegt, wie wohlthätig Miquels Steuerreform auch in dieser Stadt wirkt, und wie die Bürgerchaft selbst durch weise Besteuerung des Grund und Bodens, durch Regelung des Baukredits und durch eigne Bauthätigkeit praktische Bodenbesitzreform und Wohnungspolitik treibt. Ein großer Teil des Buches ist natürlich dem Handelsverkehr und seinen Organen, der Rheinschiffahrt und den Eisenbahnen, gewidmet. Wenn man liest, wie die Städte und Staaten am Niederrhein einander bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts mit Stapelrechten und Zöllen bekämpft, gehemmt und eingeschränkt haben, und wie, nachdem die Dampfkraft des modernen Verkehrs diese Schranken durchbrochen hat, der Kampf in anderer Form fortlebt: in Tarifkriegen und in dem Konkurrenzstreit zwischen Wasserstraßen und Eisenbahnen — auch die Stadt Düsseldorf gehört zu denen, die sich vor dem Mittellandkanal fürchten —, dann kann man an der Berechtigung, ja an der Notwendigkeit des Sozialismus nicht mehr zweifeln. Nicht eines utopischen, sondern eines theoretischen Sozialismus, der als Orientierungsplan dient und unter Umständen einzelne sozialistische Maßregeln anrät. Jede Verkehrs-erleichterung müßte doch ein Vorteil für alle sein, ebenso wie jede Vermehrung der Gütermasse, die ja natürlich den Preis der Güter ermäßigt. Wenn nun Gütervermehrung und Verkehrs-erleichterungen mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften, so kann an dieser widersinnigen Wirkung nur ein Konstruktionsfehler der Gesellschaft schuld sein. Dieser Konstruktionsfehler besteht eben darin, daß Triebkraft der Produktion und des Verkehrs nicht die Absicht, Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, sondern die Absicht der konkurrierenden Individuen, zu erwerben, ist. Für die Eisenbahnen wird der Fehler immer mehr durch Verstaatlichung, also durch eine sozialistische Maßregel beseitigt. Wenn alle Bahnen dem Staate gehören, dann kann nicht mehr die eine Linie durch eine konkurrierende bankrott gemacht werden; und der Staat vermag die Wohlthat dieses Verkehrsmittels auch dort zu gewähren, wo die einzelne Linie vorläufig nicht rentiert. Wie Gewaltiges die in einer modernen Kommune zusammenwirkenden Kräfte zu schaffen vermögen, hat Düsseldorf auch dadurch bewiesen, daß es nicht, wie z. B. Görlich, einen Quadratmeilen großen Grundbesitz von den Vätern ererbt, sondern, was es heut an Grund und Boden besitzt, in der neuen Zeit hoher Bodenpreise erworben hat, trotzdem sich aber eines Vermögens von 66 Millionen Mark erfreut, dem nur 44 Millionen Schulden gegenüberstehn. Mit einer interessanten Betrachtung über den Unterschied zwischen der sich selbst genügenden mittelalterlichen und der heutigen, in das Wirtschaftsleben des Staates als Organ eingegliederten und durch fortwährenden Zugang mit frischem Blute gespeisten Stadt schließt die verdienstvolle Arbeit, der

Stadtverwaltungen, Nationalökonomien und Sozialpolitiker für reichliche Belehrung und Anregung danken werden. Vermißt haben wir nur eins, was freilich nicht leicht zu beschaffen gewesen wäre: eine genaue Auskunft über die Zahl der Handwerksmeister, die diesen Namen verdienen. Sie hätte nur durch persönliche Umfrage ermittelt werden können, weil, wie auch Brandt durchblicken läßt, die Statistiken Handwerker, großindustrielle Lohnarbeiter und Hausindustrielle unter einander mengen. In dem Bericht über den Schlachthausbetrieb wird beschrieben, wie das Schlachthaus, die Wurstfabrikation und der Delikatesladen zusammenwirken, die kleinen Fleischer außer Kurs zu setzen; die regsamsten behaupten ihre Selbständigkeit dadurch, daß sie sich in Händler mit Fleischwaren verwandeln. Auf das Schicksal dieses einen Handwerks muß man um so mehr unerfreuliche Prognosen für die übrigen bauen, da gerade die Nahrungsmittelgewerbe bisher für die gesichertsten gegolten haben.

In Form eines Prachtwerks, dessen erster Band (599 Seiten in Quart) uns vorliegt, hat der Oberbürgermeister Zweigert von Essen einen vom Statistischen Amte seiner Stadt bearbeiteten Verwaltungsbericht herausgegeben, unter dem Titel: Die Verwaltung der Stadt Essen im neunzehnten Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der letzten fünfzehn Jahre. (Essen, G. D. Baedeker, 1902.) Der Herausgeber setzt im Vorwort auseinander, daß die jährlichen gedruckten Verwaltungsberichte, auf deren Herausgabe mit Recht immer mehr Städte verzichteten, keinen Wert haben, weil sie nur trocken, für Uneingeweihte unverständliches Zahlenmaterial enthalten und über die sich durch viele Jahre hindurch ziehenden Organisationsarbeiten nur bruchstückweise berichten. Das vorliegende Werk nun, das den ganzen Verlauf jedes einzelnen solchen Organisationswerkes erzählt, alle wichtigen Aktenstücke aus den Verhandlungen darüber mitteilt, alle Einzelheiten bis hinunter zur Besoldung jedes einzelnen Mitglieds der Stadtkapelle enthält und die Darstellung durch eine Unmasse von Ansichten, Karten und Plänen illustriert, wird von allen Stadtverwaltungen willkommen geheißen und von vielen als unentbehrliches Hilfsmittel geschätzt werden. So manche Stadt, die an einem verpuschten Rat- oder Stadthaufe leidet oder wegen der Organisation ihrer Schulen keinen Rat weiß, wird sich Erleuchtung daraus holen. Mit seinen Unterrichtsanstalten hat sich Essen unendliche Mühe gegeben, und man begreift es, welcher Ingrimme eine solche Stadt, die so viel Kopfschmerzen, saure Arbeit und Geldopfer auf ihre Schulen verwendet, packen mußte, als zum Dank dafür das Lehrerbefoldungsgesetz von 1897 den größern Städten die Staatsbeiträge kürzte. Wäre das wenigstens nur zur Unterstützung wirklich unermöglicher Landgemeinden geschehn! Aber man weiß ja, daß Großbauern und Rittergutsbesitzer davon profitieren, deren Volksbildungseifer und Jugendfürsorge ungefähr auf der Höhe der Trakehner Gestütverwaltung stehn. Die — freilich vergebliche — Petition der Stadt Essen gegen das Gesetz wird im Wortlaut mitgeteilt. Auch in diesem Werke vermiffen wir Auskunft über die Lage des Handwerks. Aus dem Umstande, daß die zu erwartende Schülerzahl der geplanten obligatorischen Fortbildungsschule auf 5900 geschätzt, an einer andern Stelle die Zahl der Handwerkerlehrlinge auf 598 angegeben wird, lassen sich Schlüsse ziehen, ebenso aus der Bemerkung, daß sich die alte Fortbildungsschule und ihr Direktor Heilermann „große Verdienste um die Heranbildung technischer Hilfskräfte für die hiesige Großindustrie erworben“ haben. Doch darüber wird vielleicht der zweite Band noch einiges melden, der hoffentlich auch einen Stadtplan bringen (der vorliegende Band enthält nur auf den Gas- und Wasserverteilungsplänen winzige Stadtplänchen) und das gewiß höchst merkwürdige Verhältnis der Stadt Krupps zur eigentlichen Stadt darstellen wird. In diesem Bande erscheint der Kanonenkönig nur als Hauptsteuerzahler und Spender von 100 000 Mark für Fachklassen, außerdem auf der Photographie eines Kaiserbesuchs. Essen und Düsseldorf haben sich beide für die Bürgermeisterverfassung entschieden und auf den Luxus eines Magistrats verzichtet. Sie befinden sich wohl in der konstitutionellen Monarchie; besonders Essen, das

früher eine sehr unruhige Kommune gewesen ist und namentlich in der Zeit von 1847 bis 1856, wo die kollegialische Verfassung galt, an unerquicklichen Streitigkeiten gekitten hat.

Anti=Niebscheana. Schopenhauer sagte zu einer Zeit, wo der heutige Antisemitismus noch unbekannt war: der eigentliche Grundfehler des jüdischen Charakters sei der Mangel an verecundia. Danach müßte Niebsche eigentlich ein Jude sein; denn der hervorstechende Zug in seinen Aphorismensammlungen, die man die Niebschische Philosophie nennt, ist das Verhöhnern und cynische Herunterreißen alles dessen, wofür der normale Mensch und insbesondre der Deutsche Liebe, Verehrung und Ehrfurcht empfindet. Da Niebsche, wie und wo er nur kann, den deutschen Genius, das deutsche Volkstum, die deutsche Dichtung, Musik und Philosophie schmäht und zu verkleinern sucht, muß man wohl annehmen, daß der Pole dem Juden nahe verwandt ist; denn mit Stolz rühmt sich ja Niebsche, daß er kein Deutscher sei, sondern von einem polnischen „Adlichen“ namens von Niebski abstamme. Diese Abstammung wirft übrigens ein interessantes Licht auf die Lehre Niebsches von dem „Übermensch“; denn der Übermensch, der seine Mitmenschen, die Herdentiere, nur als Piedestal oder als Objekt der rücksichtslosen Ausbeutung behandelt, ist der richtige Sproß des bekannten polnischen Schlachtizen, der auch sein Bauernvolf jederzeit so unbarmherzig geschunden und ausgenutzt hat.

Wunderbar erscheint es und als ein Beweis für die Urteilslosigkeit unsrer Tagespresse, daß trotz alledem die Verhimmelung dieses Schriftstellers in den Zeitschriften noch immer nicht aufhören will, und man immerfort noch von den sogenannten „Niebscheana“ heimgesucht wird. Niebsche nennt Kant den „Begriffskrüppel“; Schopenhauer, auf den er sich ursprünglich stützte, und zu dem er als seinem Meister hinausschaute, ist gänzlich von ihm überwunden und zum alten Eisen geworfen; Richard Wagner, den er in seinen frühern Schriften vergötterte, ist für ihn, seit er den „Parsifal“ dichtete und komponierte, der „Konsistorialrat.“ Aber der eigentliche und vornehmste Gegenstand seines Hasses ist die christliche Religion. Die christliche Dogmenlehre hat ja zu allen Zeiten ihre Gegner gehabt, aber auch sie waren mit den Gläubigen darin einig, daß die sittlichen Anschauungen und Lehren Christi ein unanfechtbares und verehrungswürdiges Gemeingut der ganzen Menschheit seien. Gerade diese — die Nächstenliebe, die Demut, die Sanftmut, die Hingebung und Aufopferung für andre — sind jedoch ein Dorn im Auge Niebsches. Sie charakterisieren den „Herdenmenschen,“ sie müssen überwunden und zum Teufel gejagt werden, damit der „Übermensch,“ der kein Mitleid, keine Liebe, keine Selbstaufopferung, sondern nur den rücksichtslosen Willen zur Macht kennt, heranreifen möge.

Das Verhältnis dieses Übermenschen zu der blonden Bestie, die alles und alle verschlingt, um ihren Heißhunger zu stillen, bleibt unklar. Aber was dem ruhig Denkenden nicht verborgen bleibt, ist der rote Faden, der sich durch alle diese Äußerungen seines kranken Hirns hinzieht. Während Niebsche ursprünglich ein begabter, geistreicher Mensch war, der als Universitätsdozent in der Schweiz eine geachtete Stellung einnahm, für große Persönlichkeiten und deren Werke eine begeisterte Schwärmerei bekundete, schlug mit zunehmender geistiger Abnormität und dem verwirrenden Größenwahn alle Verehrung und Anbetung in ihr Gegenteil um. Die geistreichen Einfälle, die blendende Ausdrucksweise blieben, aber die „Umwertung aller Werte“ stellte sich ein. Alles und alle, die ihm verdächtig erschienen, seinen Ruhm zu verdunkeln, ihn in den Schatten zu stellen, mußten nun in seinen höhnischen Aphorismen heruntergerissen werden. Richard Wagner wurde also der „Konsistorialrat“, der Ring des Nibelungen, Lohengrin und Beethovens Fidelio waren nichts gegen Bizets Carmen und dergleichen flache Espritwerke; Kant war der „Begriffskrüppel,“ Jesus der unheilvolle Züchter des Herdenmenschen.

Trotzdem wird nun dem deutschen Volke dieser durch und durch kranke, bedauernswerte, in Liebe und Haß wie ein Rohr hin und her schwankende „Übermensch“ als der

große Philosoph von einer gewissen (oder vielmehr gewissenlosen) Tagespresse vorgeführt. Fühlt man sich durch ihre fortgesetzten Besprechungen und Lobpreisungen wieder und wieder veranlaßt, in Nietzsches Schriften zu lesen, so gewinnt der deutsche gebildete Leser, der auch die Schriften unsrer wirklichen großen Philosophen kennt, immer wieder denselben Eindruck. Ein geistreicher, scharf pointierter Einfall nach dem andern, der Mangel an verecundia, die echt jüdisch-polnische, cynische Verhöhnung und Verleugnung alles dessen, was uns wert und teuer ist und war. Aber die fortwährende Geistreichelei erregt bald tiefen Ekel, sobald man dahinter kommt, daß dem ganzen Knäuel von Aphorismen keine tiefe, wahrhaft in sich zusammenhängende Anschauung der Welt, geschweige denn eines vernünftigen, wertvollen Kosmos zu Grunde liegt. Ein sogenannter „Gedankenblitz“ widerspricht dem andern. Auf Seite 30 steht das Gegenteil von dem, was auf Seite 20 im Prophetentum verkündet wurde, gerade wie vorher Schopenhauer und Wagner bald in den Himmel erhoben, bald in den Staub gezogen wurden. Und solche Widersprüche finden sich nicht etwa bloß in nebensächlichen Dingen, sondern in solchen, die zu den Grundlehren und -Anschauungen Nietzsches gehören.

Nur auf ein krasses Beispiel soll hier hingewiesen werden. Die Hauptlehre Nietzsches geht dahin, daß der bisher vom Christentum gezüchtete Herdenmensch verdrängt werden und dem „Übermenschen“, der alle sittlichen Werte umgewertet und Liebe, Mitleid, Aufopferung u. dergl. Herdentugenden abgelegt hat, Platz machen müsse. Wenn dieser Übermensch, der nur an sich denkt und an die Bethätigung seines mächtigen Willensdrangs, erst rein gezüchtet sei, dann wird alles anders werden, und eine schöne Zukunft der Welt anbrechen (wenn auch nur für den „Übermensch“; denn das Herdenvieh bleibt immer da und muß da sein, um den materiellen Zwecken des „Übermenschen“ zu dienen). Also das Ziel liegt in der Herbeiführung einer schöneren Zukunft, eines bessern Diesseits.

Nun fasse man das zusammen mit der andern von Nietzsche immer gelehrt und festgehaltenen Theorie von „der Wiederkehr aller Dinge.“ — Also trotz der Züchtung des „Übermenschen“ kommt der ganze jetzige Zustand mit all seinem Elend, seinen Werten, die umgewertet werden müssen, und dem Mangel des Übermenschen wieder, und in der ewigen Wiederholung solcher jämmerlichen Phasen des wandelbaren kleinen Menschen besteht der Sinn der Welt!

Wie ist es nur möglich, daß solche widerspruchsvollen Phantasmen dem deutschen Volke fortwährend als neueste Errungenschaft des menschlichen Geistes, die alle bisherige Philosophie überstrahle, angepriesen wird! Nur dann wird es erklärlich, wenn man bedenkt, wie wenige sich heutzutage die Mühe nehmen mögen, in die tiefgründige, zusammenhängende Gedankenwelt eines Spinoza, Leibniz, Kant, Schopenhauer oder Loge einzudringen. Da ist es freilich bequemer und unterhaltender, sich an den Aphorismen und den paradoxen, witzigen Einfällen eines Nietzsche zu delectieren, mit dem behaglichen Gefühl, daß in Wahrheit und Wirklichkeit doch die bisherigen Werte nicht umgewertet werden, und daß die Welt nicht durch Aphorismen aus den Angeln gehoben wird.

Aber trösten wir uns mit der Hoffnung, ja der Zuversicht, daß der schlachtizische „Übermensch“, wenn er sich jemals in seiner natürlichen unverhüllten Gestalt — entblößt von allen christlichen, germanischen Tugenden und Werten und nur angethan mit dem rücksichtslosen Willen zur Macht — bei uns leibhaftig zeigen sollte, von der „blonden deutschen Bestie“ derart durchgewalzt, niedergetreten und weggefegt werden wird, daß er nicht wiederkommt, womit dann auch die Theorie von der „Wiederkehr aller Dinge“ erledigt sein würde.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig